

«Ich werde diesen Montag, 5. Dezember, nie vergessen» Ein gerüttelt Mass an Arbeit hinter – und vor uns

Ich werde den Montag, 5. Dezember 2011, nie vergessen. An jenem Tag begann im Bundeshaus nicht nur die Wintersession 2011. Es begann auch die 49. neue Legislatur unseres Bundesstaates. Und für 86 der 246 Ratsmitglieder, so auch für mich, war dies der erste Tag im jeweiligen Rat. Es war ein feierlicher Tag: Im Nationalrat, wo ich vereidigt wurde, sang Noëmi Nadelmann im Gewande von Mutter Helvetia die Nationalhymne. Der amtsälteste und der amtsjüngste Nationalrat hielten eine Rede. Ersterer (Paul Rechsteiner) sass schon im Rat, bevor zweiterer (Matthias Reynard) überhaupt geboren war. Allerdings war die Rede des erst 24jährigen Reynard um Generationen staatsmännischer als die Klassenkampfparolen des Alterspräsidenten.

Danach beriet das Parlament über Unvereinbarkeiten (und befand dabei meinen Dienst in der Militärjustiz als mit der Gewaltenteilung kompatibel) und wählte sein Präsidium und sein Büro. Zu meiner Freude wählte mich der Nationalrat zum Ersatz-Stimmenzähler, worauf ich vorne im Saal Platz nehmen durfte, mit Blick auf das ganze Geschehen und in bester Gesellschaft: Fünf von acht Stimmenzählern sind Ostschweizer. Als Ausserrhodener konnte ich mir sodann einen Besuch im Ständerat nicht verkneifen: Dort nämlich wurde Hans Altherr einstimmig zum Ständeratspräsidenten gewählt. Diese Wahl führte sogleich zum nächsten Höhepunkt der Wintersession: Hans Altherr's Wahlfeier in Trogen am 7. Dezember. «Bern» kam per Sonderzug in die Ostschweiz, begleitet von einer Delegation der Ausserrhodener Regierung unter der Führung von Landammann Hans Diem. Ebenso an Bord waren neben zahlreichen Ständeräten auch Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf und FDP-Fraktionschefin Gabi Huber. Die Feier war hervorragend organisiert, persönlich, feierlich und bewegend. Hans Altherr zeigte sich in rhetorischer Bestform, und die Gäste waren in bester Gesangs-laune – sogar die Ständeräte von Zürich bis Tessin stimmten aus voller Kehle ins Landsgemeindelied ein (das dann später am Abend als «Hans-Gemeindelied» ein zweites Mal intoniert wurde). In Bern wiederum wartete schon bald ein spezieller Einsatz für uns zwei Ausserrhodener Vertreter: Am 14. Dezember vereinigte sich die Bundesversammlung zur Wahl des Bundesrates. Während ich somit zum ersten Male als Stimmenzähler amten durfte (ausser bei Wahlen läuft das im Nationalrat stets elektronisch), fiel Hans Altherr eine einmalige Aufgabe zu: Als formell zweithöchster Schweizer ersetzte er Nationalratspräsident und Bundesratskandidat Hansjörg Walter für die Leitung der Wahlen. Für seinen souveränen Einsatz erntete er zu Recht viel Lob. Er wäre auch für allfällige Turbulenzen gewappnet gewesen, doch verliefen die Wahlen schliesslich beinahe ereignislos. Persönlich war ich natürlich erfreut, dass meine Partei ihre zwei verdienten Bundesräte Burkhalter und Schneider-Ammann bestätigt sah. Andererseits bedaure ich, dass die Konkordanz nicht wiederhergestellt wurde.

Zwar hatte sich die betroffene Partei denkbar ungeschickt angestellt – das war aber noch kein Grund, an ihrer statt einer Kleinstpartei den Vorzug zu geben. Immerhin: Mit Alain Berset wurde ein hoffnungsvoller neuer Bundesrat gewählt. Im Unterschied zur vergangenen Legislatur, als es



Andrea Caroni

jedes Jahr Bundesratswahlen gab, dürfen wir nun mit einer konstanten Regierung für die kommenden vier Jahre rechnen.

Im Rausche des Bundesratswahl-Hypes (der seinen Höhepunkt in der «Nacht der langen Messer» fand – selten teilten sich so viele Kameras und Mikrophone so wenige News) ging medial fast unter, dass wir uns im Parlament auch mit der Gesetzgebung befassen. Hier einige Beispiele aus dem Nationalrat: Die erste Woche brachte bereits eine kleine Überraschung: Der Nationalrat votierte mit 94:86 Stimmen dafür, dass seine eigenen Gesetze vom Bundesgericht auf ihre Verfassungsmässigkeit überprüft werden können. Nun ist der Ständerat dran. Zum x-tenmal beriet der Nationalrat ferner einen Gegenvorschlag zur Abzocker-Initiative. Das neueste Zwischenresultat: Die «Bonus-Steuer» ist vom Tisch, die beiden Jungfraktionen BDP und GLP zeigten, dass sie nicht so links stehen, wie behauptet wird. Sodann bekräftigte der Nationalrat sein Bekenntnis zum Atomausstieg, jedoch ohne «Technologieverbot».

In der zweiten Woche behandelte der Nationalrat den Vorschlag 2012 (mit einiger Diskussion über die Landwirtschaft), forderte eine Erleichterung der Adoption sowie eine Verschärfung des Strafrechts, stimmte einem Übereinkommen gegen den Menschenhandel zu, verlangte vom Bundesrat ein Integrationsrahmengesetz, lehnte die Volksinitiative über ein erweitertes Staatsvertragsreferendum ab und verabschiedete das neue Rechnungslegungsrecht.

Die dritte Woche begann mit «Via Sicura», einem Massnahmenbündel zur Reduktion von Verkehrsunfällen. Der Nationalrat griff gegen Raser härter durch, verzichtete dafür auf verschiedene freiheitsbeschränkende Mass-

nahmen (Helmobligatorium, Mindestalter fürs Radfahren, Befristung des Führerscheins etc.). Es folgte der Abschluss der Revision des CO₂-Gesetzes. Anschliessend forderte der Nationalrat den Bundesrat auf, eine Vorlage zur unverbindlichen Vorprüfung von Volksinitiativen vorzulegen mit dem Ziel, Volksrechte und Völkerrecht besser in Einklang zu bringen. Überraschend klar stimmte der Nationalrat sodann einem Verbot der Streumunition zu. Nachdem er einige Doppelbesteuerungsabkommen sanft erweitert und eine wortgewaltige, aber beschlussarme Debatte über die Frankenstärke absolviert hatte, stand zum Schluss noch die Volksinitiative gegen das Passivrauchen auf der Traktandenliste: Die Empfehlung des Nationalrats war ein klares Nein.

Für Ausserrhodener besonders relevant war sodann eine Änderung des Raumplanungsrechts, wonach Wohnbauten in der Landwirtschaftszone freier abgebaut und wiederaufgebaut werden können.

Zwischendurch erfuhren wir Neugewählten auch, welchen Kommissionen wir zugeteilt worden sind. Ich schätze mich glücklich, von Anfang an in zwei Kommissionen (Rechtskommission und Geschäftsprüfungskommission) arbeiten zu können. Zudem darf ich in der Wirtschafts- und Abgabekommission als ständiger Ersatz wirken und bin als Stimmenzähler auch Ersatzmitglied des nationalrätlichen Büros. Quasi als Weihnachtsbonus gab's für mich obendrein noch die Begnadigungskommission – sie tagt aber nur alle Schaltjahre einmal. Innerhalb meiner Fraktion nahm ich zudem im Vorstand Einsitz.

Zum Abschluss der Wintersession wurde es dann noch einmal festlich: Am 22. Dezember fanden die Feiern zu Ehren der neuen Bundespräsidentin Eveline Widmer-Schlumpf und des neuen Bundesrates Alain Berset statt. Ich selber reiste an die Feier in Belfaux und zurück nach Bern, wo wir am nächsten Morgen, passend zum 23. Dezember, in der Schlussabstimmung 23 Vorlagen verabschiedeten. Auch uns selbst verabschiedeten wir für die Festtage. Doch nach dem Winter ist vor dem Frühling, und so sehen wir uns bald wieder: Ab Januar in den Kommissionen und ab Ende Februar in der Frühlingssession.

Andrea Caroni,
Nationalrat (FDP)
Appenzell Ausserrhodener

Mit gebührendem Abstand und nüchtern betrachtet, ist die vergangene Wintersession eigentlich so verlaufen wie jene in den vergangenen Jahren auch: Wahlen und eine breite Palette von Sachgeschäften wurden diskutiert und schliesslich entschieden. Von den in den drei Wochen total über 180 traktandierten Geschäften kamen mit den Schlussabstimmungen parlamentarisch 23 definitiv unter Dach und Fach.

Von nicht geringer Bedeutung für beide Appenzell ist dabei die Standesinitiative des Kantons St. Gallen «Bauen ausserhalb der Bauzone», welcher beide Räte mit deutlichem Mehr entsprochen haben.

Wie immer in der Wintersession standen gleich zu Beginn der Sitzungen in beiden Kammern die Wahlen des Präsidiums, Vizepräsidiums wie auch der übrigen Büromitglieder auf der Traktandenliste. In der zweiten Sessionswoche folgten sodann die Bestätigungs- und Ergänzungswahlen in die Landesregierung. Aus Ostschweizer Sicht richte ich spezielle Glückwünsche an die Kollegen aus Appenzell Ausserrhodener und dem Thurgau, welche mit Glanzresultaten zum Präsidenten ihres jeweiligen Rates gewählt wurden: Hans Altherr zum neuen Präsidenten des Ständerates und Hansjörg Walter zum Präsidenten der Grossen Kammer. Gratulationswünsche verbunden mit Geschick und Erfolg für ihre Amtstätigkeit im Finanzdepartement wie auch als Bundespräsidentin gehen an Frau Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf aus dem Kanton Graubünden.

In der vergangenen Session war ich in unserm Rat bei verschiedenen Geschäften (Landwirtschaft, Präventionsgesetz und anderen mehr) engagiert und hatte zudem als Kommissionssprecher oder Initiator eigener Motiven gleich mehrere Geschäfte zu vertreten. Unter anderen waren dies Vorlagen in der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (Urek) wie auch in der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK).

So die eingangs zitierte Standesinitiative des Kantons St. Gallen, welche für unsern Kanton durch das aktuelle Beispiel im Weiler Kapf ob Altstätten (Bezirk Oberegg) von spezieller Bedeutung war. Im bekannten Fall wollte die dort ansässige frühere Bau-



Ivo Bischofberger

ernfamilie ihr Wohnhaus durch einen Abbruch und Wiederaufbau, statt durch einen komplizierten und kostspieligen Umbau ersetzen. Dieses Vorhaben wurde ihr aber nach einem Rekurs des Heimatschutzes letztlich durch das Bundesgericht verweigert. Nun wird durch die Änderung von Art. 24c resp. Art. 27a des Raumplanungsgesetzes (RPG) die Möglichkeit von Abbruch und Wiederaufbau sowie von Erweiterungen ausserhalb des bestehenden Bauvolumens auf landwirtschaftliche Wohnbauten ausgedehnt, die am Referenzdatum vom 1. Juli 1972 landwirtschaftlich bewohnt waren. Bei diesem Datum handelt es sich um den Stichtag, an dem die konsequente Trennung von Baugelände und Nichtbaugelände im Bundesrecht in Kraft getreten war. Veränderungen am äusseren Erscheinungsbild müssen für eine zeitgemässe Wohnnutzung oder eine energetische Sanierung nötig oder darauf ausgerichtet sein, die Einpassung in die Landschaft zu verbessern. Um raumplanerischen Missbrauch oder negative Auswirkungen auf die Landwirtschaft zu vermeiden, wird der Bundesrat beauftragt, entsprechende Vorschriften zu erlassen. Der Rat folgte unserem Antrag ohne Gegenstimme mit 35 zu 0 Stimmen bei einer Enthaltung.

Sodann galt es, eine zusammen mit alt Ständerat Theo Maissen eingereichte Motion mit dem Titel «Strategie des Bundes für die Berggebiete und ländlichen Räume» gegen die ablehnende Haltung des Bundesrates zu verteidigen.

Mit unserm Begehren wollen wir den Bundesrat beauftragen, eine kohärente Strategie des Bundes für eben diese Gebiete zu entwickeln. Diese Strategie muss generelle Grundsätze und Leitlinien enthalten sowie konkrete Schritte zu deren Umsetzung aufzeigen. Die Erarbeitung hat zusammen

mit den wesentlichen Akteuren des Bundes, der Kantone, Regionen, Gemeinden und deren nationalen Dachorganisationen zu erfolgen. Der Rat liess sich von der Notwendigkeit des Anliegens überzeugen und überwies unsere Motion gegen den Willen des Bundesrates mit 21 zu 4 Stimmen.

Meine Motion «Weiterbildungsmaster der Fachhochschulen. Beibehaltung von Anerkennung und Titelschutz» fordert den Bundesrat auf, im Rahmen des Hochschul-Förderungs- und Koordinations-Gesetzes (HFKG) die nötigen Rechtsgrundlagen zu schaffen, um auch in Zukunft die eidgenössische Anerkennung und den Titelschutz der Weiterbildungsmaster-Studiengänge der Fachhochschulen zu gewährleisten. Dies wird nötig, weil die zuständigen Bundesstellen per 1. Januar 2013 diese Anerkennung nicht mehr mitfinanzieren respektive gewährleisten wollen. So war es denn auch selbstredend, dass der Bundesrat meinen Vorstoss bekämpfte. Umso mehr freute mich die Unterstützung des Rates, welcher meine Motion mit 24 zu 7 Stimmen überwies hat.

Ein persönliches Anliegen – und dies vor allem mit Blick auf die Absolventen unseres Gymnasiums, welche ein Medizinstudium aufnehmen wollen und daran mittels fragwürdiger Zulassungsprüfungen gehindert werden – sind mir all die Bemühungen, die sich trotz virulentem Ärztemangel in unserm Land, mit diesen künstlichen Hürden, wie auch mit dem unzureichenden Angebot an Aus- und Weiterbildungsplätzen beschäftigen. Endlich gelang es mittels unserer Motion, den Bundesrat verbindlich zu beauftragen, zusammen mit den Kantonen gesamtschweizerisch eine Mindestzahl für Studienplätze an medizinischen Fakultäten festzulegen, welche das Ziel verfolgt, den medizinischen Nachwuchs in der Grundversorgung sicherzustellen. Der Tatbeweis muss aber erst noch erbracht werden.

«Nach der Legislatur ist vor der Legislatur», gab mir vor vier Jahren ein verdienter Ständeratskollege mit auf den Weg. Denn dann werde auf die geleistete Arbeit Rückschau gehalten und die Kommissionssitze würden neu verteilt. Wenn ich nun auf die mir für die Zukunft anvertrauten Aufgaben blicke, so mache ich dies in der Gewissheit, dass meine Arbeit in den vergangenen ersten Jahren meiner Bundeshaustätigkeit entsprechend geschätzt wurde: Vizepräsidium der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (Urek), Mitglied der Aussenpolitischen Kommission (APK), der Wissenschafts- und Bildungskommission (WBK), der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK) sowie der Legislaturplanung- wie auch der Redaktionskommission; zudem betraute mich unsere ständerätliche Gruppe mit dem Vizepräsidium.

Also ein gerüttelt Mass an Arbeit, welches ich mit besten Kräften zu leisten gewillt bin.

In diesem Sinne, geschätzte Mitbürgerinnen und Mitbürger, wünsche ich uns allen ein erfolgreiches, glückliches und gesegnetes 2012.

Ivo Bischofberger
Ständerat (CVP)
Appenzell Innerrhodener



Die 49. Legislatur begann mit der Wintersession im vergangenen Dezember im Berner Bundeshaus.

Bild: keystone/Peter Schneider